

Kapitel IV

ZIVILGESELLSCHAFT IN TSCHECHIEN

1. Zivilgesellschaftliche Konzeptionen

Betrachtet man die zivilgesellschaftlichen Entwürfe – gleich welcher gesellschaftstheoretischen Grundposition, so fällt zunächst auf, dass Zivilgesellschaft als Instrument zur Verwirklichung und / oder Vertiefung demokratischer Gesellschaftsformen beschrieben wird.¹⁹⁸

In Osteuropa unterscheiden sich die Konzeptualisierungen von Zivilgesellschaft in einem Punkt elementar von westlichen Diskursen: Während Zivilgesellschaften moderner westlicher Denktradition nach Möglichkeiten suchen, innerhalb der normativen und institutionellen, ja auch wirtschaftlichen Gegebenheiten am politischen Willensbildungsprozess zu partizipieren, strebten in den siebziger und achtziger Jahren in autoritären gesellschaftlichen Strukturen zivilgesellschaftliche Gruppierungen die Umsetzung demokratischer Werte erst an.

Die von den kommunistischen Parteien getragenen Regime rechtfertigten sich „zunächst mit der theoretischen Einsicht in den Geschichtsverlauf,... – ganz unabhängig davon, wie glaubwürdig und zerschissen dieses Legitimationsmodell in der Praxis auch war... Politik reduzierte sich auf einen quasi-technischen Vollzug, einen instrumentellen Prozess, dessen Ziel und Zweck durch historische Gesetzmäßigkeiten oder das Wissen der Partei vorgegeben war und keiner weiteren Begründung durch die kollektive politische Willensbildung bedurfte.“¹⁹⁹

Die Dissidentenbewegungen bemühten sich ihrerseits um einen kommunikativen und pluralistischen Politikbegriff und schufen – wenn auch eine sehr kleine – vom Staat unabhängige zivilgesellschaftliche Sphäre. Im tschechischen Kontext ist der Begriff der Zivilgesellschaft zum Leitbild der Opposition geworden. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die begriffliche Semantik nach der Samtenen Revolution.

Der tschechische Diskurs nach 1989 richtet sich hauptsächlich an zwei Diskussionssträngen aus: Interessant ist dabei die Tatsache, dass sich diese um die Person des ehemaligen und des derzeit amtierenden Präsidenten bilden. Man könnte annehmen, dass damit einer Wertediskussion in der tschechischen Öffentlichkeit der Weg geöffnet wurde. Ebenso ist

¹⁹⁸ HABERMAS und COHEN/ARATO betrachten Zivilgesellschaft unter dem Gesichtspunkt der bürgerschaftlichen Identität und demokratischen Legitimation. AHREND, RÖDEL und DUBIEL gehen weiter und fassen Zivilgesellschaft nicht nur als politisch-öffentlichen Raum, sondern als kommunikatives Steuerungszentrum der Gesellschaft.

¹⁹⁹ Ehrke, M.: Sozialdemokratie und Zivilgesellschaft. Beitrag zur Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag: Civil Society in Czech Republic – the EU perspective. Prag, 11. November 2002.

über die Konzeptionen eine personifizierte Reflexion der jeweiligen Werteorientierung und Wertepreferenz in der Gesellschaft denkbar.

1.1. Die normative Konzeption

Die aus der Dissidentenbewegung der 80er Jahre kommende normative Konzeption von Václav Havel mit der viel diskutierten Petition „Demokracie pro všechny“ der Hnutí za občanskou svobodu (HOS), in der die führende Rolle der kommunistischen Partei erstmals nach vielen Jahren in Frage gestellt wurde, sieht „die Zivilgesellschaft als fast einheitlichen Akteur, durch den sich die Bürger direkt an der Formulierung von Politik und der Ausübung von Macht beteiligen.“²⁰⁰

Der ehemalige Präsident Václav Havel verbindet mit Zivilgesellschaft und Demokratie neben den Wertvorstellungen der Menschen im wesentlichen drei Elemente: Die Organisation und die Aktivitäten in Verbänden und Vereinen, die zur Selbststrukturierung der Gesellschaft beitragen; die staatliche Dezentralisierung im Einklang mit einer starken Selbstverwaltung und die Delegation und Auslagerung staatlicher Aufgaben in Bildung, Gesundheit, Kultur u.a. an selbständige Subjekte.²⁰¹

Begriffe wie Zivilgesellschaft und Demokratie sind Träger historische Erfahrungen. Ihre Bedeutungsinhalte können sich durch kollektive Lernprozesse stabilisieren oder relativieren. Im tschechischen Kontext ist der Begriff neben dem Tocquevillschen Einfluss semantisch geformt durch Masaryk. Mit seiner „unpolitischen Politik“²⁰² beschränkte Masaryk den Demokratiebegriff eben gerade nicht auf die Legitimierung von Parteien bei der Ausübung von Macht, sondern auf eine philosophisch und kulturell verankerte Politik, die nicht durch kurz- und mittelfristige Handlungsmotivationen wie bei den Parteien geleitet ist. Er begriff „Demokratie ein endloses Bemühen um Gerechtigkeit auf der Grundlage einer aufrichtigen Liebe zu den Mitbürgern“.²⁰³

An diese historische Linie, an Begriffe wie Gerechtigkeit, Moral und Verantwortung knüpft die von Havel vertretene normativ orientierte zivilgesellschaftliche Konzeption an.

²⁰⁰ Mansfeldová, Z./ Szabo, M.: Zivilgesellschaft in Ost-Mitteleuropa. In: Merkel, W. (Hrsg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen. 2000, S. 106.

²⁰¹ Vgl.: o.V. Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 2/2002, S.3.

²⁰² Masaryk gebrauchte den Begriff in Reflexion auf Karel Havlíček erstmals in seiner 1896 erschienenen Monographie „Havlickova politika nepolitická“ und entwickelte ihn als zukunftsorientiertes Nationenbildungsprogramm.

²⁰³ Bednář, M.: Philosophische Quellen des Masarykschen Verständnisses von Demokratie, politischem Handeln und der tschechoslowakischen Staatsidee. In: Voráček, E. (Hrsg.): T.G. Masaryk, die Idee der Demokratie und das moderne Europäertum. Prag. 2001, S.195.

„Demokratie ist ein System, das auf das Vertrauen in die Verantwortung des Menschen begründet ist. Dieses Verantwortungsbewusstsein muss jedoch ständig erneuert und kultiviert werden. Der Staat darf nicht denken, dass er selbst am besten wisse, was die Gesellschaft benötigt. Er muss seinen Bürgern vertrauen und ihnen ermöglichen, einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die Gesellschaft auf sich zu nehmen. Daher sollte er ihnen eine breite Palette von Möglichkeiten zur Beteiligung am öffentlichen Leben und zur Entwicklung verschiedener Formen des zivilen Zusammenlebens ... anbieten.“²⁰⁴

Der von Václav Havel vollzogene Rückgriff auf Masaryks „unpolitische Politik“ bedeutet nicht, dass seine Politik nach 1989 als „unpolitisch“ zu charakterisieren ist. Dies würde seine Absichten und objektiv auch seine Interessen im Amt des Präsidenten verkennen. Vielmehr ist zu hinterfragen, in welchem Maße sich die von Havel intendierten Vorstellungen des postkommunistischen Aufbaus der tschechischen Gesellschaft mit den von ihm gewählten Mitteln erreichen ließen.

„Für Havel spricht selbstverständlich viel. Havel politisierte den Begriff der Zivilgesellschaft. Er zeigte ihn als Alternative gerade gegenüber bestimmten formalistischen demokratischen Standpunkten auf. Ich glaube, die tschechische Gesellschaft war nicht in der Lage, das zu reflektieren. Es blieb hier etwas wie der Geschmack danach, dass die Zivilgesellschaft als Alternative aufgefasst wurde, nicht als allgemeine Basis mit mehr oder weniger Einfluss. Aus einem bestimmten Blickwinkel ist das, komplizierte das, was den Streit mit Klaus beschwor, die Probleme bei uns – mit der Zivilgesellschaft und den Nonprofit-Organisationen. Die ganze Sache glitt in enge politische Zusammenhänge ab, vor allem in den Zusammenhang mit der Rolle der politischen Parteien. Eine verhältnismäßig unglückliche Eröffnung der „Karriere“ des Bürgerforums, dass Havel gesagt hat, die Zivilgesellschaft ist für alle, die politischen Parteien sind für wenige. Ich glaube, dass sich Havel eine gewisse Zeit von dieser Einteilung leiten ließ und das war ungünstig für die Zivilgesellschaft bei uns.“²⁰⁵

Bei näherer Betrachtung ist festzustellen, dass in den Vorstellungen von Havel – entgegen der sich in der Öffentlichkeit festgesetzten Meinung – den politischen Parteien durchaus Raum im zivilgesellschaftlichen Institutionengefüge zgedacht ist.

„Von den politischen Parteien werde ich hin und wieder als ein Gegner ... angesehen. Das ist selbstverständlich Unsinn. Die Vereinigung von Bürgern in unterschiedlichsten Organisationen, ...ist ein nicht wegzudenkender Bestandteil und existentielle

²⁰⁴ Übersetzung aus dem Tschechischen: Havel, V.: In: Leitfaden für den Dritten Sektor für öffentliche Bedienstete. Salzburger Seminar. 1997, S.8.

²⁰⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

Voraussetzung jeder strukturierten zivilisierten Gesellschaft ... Eine Art Höhepunkt dieser Vereinigungen – und zugleich ein nicht wegzudenkender Bestandteil der modernen Demokratie und Ausdruck der Meinungsvielfalt – ist die Vereinigung in politischen Parteien. Ohne sie kann man sich eine funktionierende demokratische Gesellschaft wahrhaftig kaum vorstellen.²⁰⁶

Die Bemühung, aus dem normativen Verständnis heraus aktive zivilgesellschaftliche Strukturen zu schaffen und ihnen bei der öffentlichen Meinungsbildung und Durchsetzung kollektiver Interessen Gewicht zu verleihen, wurde von Václav Klaus – stellvertretend für seine Partei, die ODS, bereits sehr früh, in der Zeit der Havelschen Präsidentschaft – als „subversive Aktivität, naive und gefährlich unpolitische Politik, als hinterlistige Bemühung machthungriger Intellektueller disqualifiziert, um die Regeln demokratischen politischen Wettbewerbs zu umgehen und die Gesellschaft ohne Mandat der Wählerstimmen umzugestalten.“

1.2. Die pragmatische Konzeption

Das historische Erbe der sozialistischen Gesellschaft wirkte hemmend auf die Entwicklung neuer zivilgesellschaftlicher Institutionen. Hat sich der Staat vor 1989 gänzlich als Beherrscher und Lenker bürgerschaftlichen Engagements gesehen, so legte er dies auch mit der einsetzenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation nicht gänzlich ab²⁰⁷.

„... das Regime hat sich geändert, nicht jedoch gänzlich das Wesen des Systems... Der Staat blieb zentralistisch - paternalistisch und auch seine Ambivalenz, fast über alles zu entscheiden. Vielleicht hat für viele hier auch der schmerzhaft Unterangang des allumfassenden Bürgerforums, in dem sich die Menschen darauf einigten, was nicht sein soll, ohne genau formulieren zu können, was sein soll und das seine Arme für die über Nacht spontan entstandene Zivilgesellschaft öffnete gegen das untergehende kommunistische Regime, eine Rolle gespielt.“²⁰⁸

Diese zentralistische und distanzierte Wahrnehmung der entstehenden Zivilgesellschaft seitens des Staates lässt sich in den Gesamtkontext der gesellschaftlichen Transformation, die zu Beginn bis Mitte der neunziger Jahre von der tschechischen Regierung unter Václav Klaus ausschließlich als wirtschaftliche Transformation wahrgenommen wurde, einordnen.

²⁰⁶ Havel, V.: Sommermeditationen. Berlin. 1992, S.50f.

²⁰⁷ Beispielhaft sei an dieser Stelle der Wandel zentralistischer finanzieller Abhängigkeit in ein neues System staatlicher Finanzierung genannt.

²⁰⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen: Ruml, J.: Wo sich das Leben wirklich leben lässt. In: Philanthropie in der Tschechischen Republik und öffentliche Bürgerbeteiligung. Essaysammlung. Jihlava. 2000, S.67.

Die Regierung unter Klaus behielt sich ausschließlich Regulationsmechanismen monetärer Art im Sinne einer effektiven Wirtschaftstransformation und der Etablierung eines „reinen“ Marktes vor. Die Etablierung zivilgesellschaftlicher Institutionen, die Förderung bürgerlichen Engagements und die Formierung eines neuen demokratischen Bewusstseins in der Gesellschaft gehörten nicht zu den Prioritäten der ODS-geführten Regierung. Zivilgesellschaftliche Probleme wurden an den Rand gedrückt. Das 1990 auf föderaler und nationaler Ebene gegründete tripartistische Organ „Rat für ökonomische und soziale Vereinbarung“, das die Interessen von Regierung, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden koordinieren sollte, wurde von der Regierung Klaus ab 1994 systematisch blockiert unter Verweis darauf, dass die „neokorporatistische Struktur nicht mit der repräsentativen Demokratie vereinbar sei...“²⁰⁹

Entgegen der proklamierten liberalen Politik gab es weder gesteigertes Interesse an einer Dezentralisierung der staatlichen Finanzierung der sich normativ bis Mitte der neunziger Jahre verfestigten zivilgesellschaftlichen Institutionen, ebenso wenig an einer Neuordnung der administrativ-staatlichen Gliederung im allgemeinen. FRIČ und ŠILHANOVÁ²¹⁰ vertreten in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass die Motive hierfür insbesondere in den historisch begründeten Befürchtungen²¹¹ lagen, mit einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Förderung den Einfluss der linksgerichteten Opposition auf das politische Geschehen zu erhöhen.

Die liberale Vorstellung des ehemaligen Regierungschefs und jetzigen Präsidenten Václav Klaus, der eine Vision der Gesellschaft freier Bürger als Polarität von Individuen und Staat zeichnet, leugnete die Existenz kollektiver Interessen und sah „Kollektivität“ als eine Bedrohung für die parlamentarische Demokratie:

„In der Marktgesellschaft ... ist es nicht notwendig, die eigenen Interessen hinter der Fassade höherer Ziele zu verstecken. Das einzig höhere, eigentlich das höchste Ziel ist die Anerkennung der Priorität der Interessen eines Individuums vor den Interessen eines anderen Individuums, die als höhere Interessen präsentiert werden.“²¹²

Im Mittelpunkt steht bei Klaus die Kritik an der Partizipation der Bürger am politischen Prozess über andere zivilgesellschaftliche Institutionen als politische Parteien. Begründet

²⁰⁹ Mansfeldová, Z.: Zivilgesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 6-7/98, S.17.

²¹⁰ Frič, P./Goulli, R. u.a.: Der Nonprofit-Sektor in der Tschechischen Republik. Ergebnisse des internationalen vergleichenden Projekts der Johns Hopkins Universität. Prag, 2001, S. 23ff.

²¹¹ Hier sprechen die in den Zeiten der Normalisierung gemachten Erfahrungen für sich: Mit dem Prager Frühling erhöhte sich das Interesse der Bürger an gesellschaftlichen Aktivitäten schlagartig – es blühten Vereine wie der SOKOL auf, es wurden neue politische Organisationen gegründet wie KAN, Klub 231. Auch in der darauf folgenden Zeit der Normalisierung gab es vereinzelt Bürgerinitiativen wie z.B. die Charta 77 – kommunikative Plattform für viele politische Vertreter der „ersten Stunde“ nach der Samtenen Revolution (z.B. Václav Havel, Jiří Ruml).

²¹² Klaus, V.: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Brünn und Prag. 1996, S.260.

wird dies mit einem Legitimitätsdefizit dieser Institutionen gegenüber wahldemokratischen Instanzen.

„Der Ökonom Václav Klaus in der Rolle des autorisierten Chefarchitekten des Werkes der Umgestaltung hat die nichtökonomischen Faktoren der gesellschaftlichen Transformation grob unterschätzt ... , insbesondere die Rechtskultur und das gesamte moralische Klima der Gesellschaft. Klaus war auffallend allergisch gegen den Begriff 'Zivilgesellschaft' als solchen.“²¹³

1.3. Status quo

Es stellt sich die Frage, welche der vorgestellten Konzeptionen sich letztendlich gesellschaftlich durchgesetzt hat.

FRIČ äußert die Ansicht, dass sich „pragmatische“ Konzeption von Zivilgesellschaft als Leitbild demokratischen Verständnisses etabliert hat:

„Ich glaube, dass Demokratie hier als System der parlamentarischen Demokratie, parlamentarischer Parteien, als System, in dem jegliche Interessenvertretung über die politischen Parteien geschieht. Das heißt, direkte Demokratie oder partizipative Demokratie steht am Rand der Aufmerksamkeit. D.h. wir haben in gewissem Maße eine veraltete Vorstellung von Demokratie, wo die Mehrheit der Minderheit diktiert. Das alte herrscht praktisch weiter vor, dass das eine durch politische Parteien vermittelte Diktatur der Mehrheit ist. Die politischen Parteien entsprechen einem sehr archaischen Demokratiemodell und replizieren dieses auch ständig über die Medien.“²¹⁴

Die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2003 zeigen, dass die pragmatische Konzeption von Václav Klaus in Teilen der tschechischen Gesellschaft positiv reflektiert wird. Die Untersuchung weist auf folgende Ursachen: Václav Klaus zieht seine Legitimation zum einen aus den Verdiensten um die wirtschaftliche Transformation des Landes und den Aufbau der Marktwirtschaft. Diese Legitimation erfolgt quasi auf gesamtstaatlicher, zentraler Ebene. Im Gegensatz dazu lebt die Zivilgesellschaft im Sinne der normativen Konzeption von der Partizipation der Bürger primär auf örtlicher und regionaler Ebene. Somit bleibt deren Legitimation meist auf regionale Akteure beschränkt.

Eine weitere Ursache ist darin zu finden, dass die pragmatische Konzeption dem Stereotyp, dem die tschechische Gesellschaft über Jahrzehnte ausgesetzt war, entspricht, in dem „... das Umfeld, in dem sie lebte, als Ergebnis der Befehle von oben oder des großen Drucks

²¹³ Übersetzung aus dem Tschechischen: Halík, T.: Die Situation der tschechischen Gesellschaft nach dem Fall des Kommunismus. In: OSF (Hrsg.): Philanthropie in der ČR und öffentliche Bürgerbeteiligung. Jihlava.2000, S.14.

²¹⁴ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Pavol Frič am 26.11.2002 in Prag.

von Kräften, die von außen auf die Gesellschaft wirken“²¹⁵, wahrgenommen wurde. Es ist einfacher, Anweisungen „von oben“ auszuführen als mit eigenen Vorstellungen und Entscheidungen neue Wege zu beschreiten und die – im Zweifel ungünstigen - Ergebnisse der eigenen Handlungen ertragen und verantworten zu müssen. Anordnungen von oben werden gern aufgenommen und exkulpiert gleichzeitig die handelnden Akteure. Hierauf macht Havel bereits früh in seinen Überlegungen zur menschlichen Identität aufmerksam.

„Der Mensch, der den Wertmaßstäben des Konsum verfallen ist, aufgelöst im Amalgam des Herdentriebs der Zivilisation und das Gefühl höherer Verantwortung nicht in der Ordnung des Seins verankert hat, sondern nur die Verantwortung für das eigene Überleben, ist *demoralisiert*; auf diese Demoralisierung stützt sich das System, vertieft sie und ist seine gesellschaftliche Projektion.“²¹⁶

Der Dissens über diese beiden gesellschaftlichen Konzeptionen dauert bis heute an. Er unterscheidet politisches Handeln und politische Akteure danach, ob sie sich für die Zivilgesellschaft einsetzen oder nicht.

Dies geschah jüngst mit großer medialer Aufmerksamkeit auf dem Treffen des Europarates in Warschau. Václav Klaus verwies auf einen gefährlichen Trend: Den Druck der Nichtregierungsorganisationen und die *political correctness* eines künstlichen Multikulturismus, radikalen HumanRightismus und aggressiven Ökologismus. In seiner Rede zog er in den Kampf gegen die „so genannte Postdemokratie“ als neue gesellschaftliche Herausforderung. Daraufhin wandten sich Ende Mai 2005 zwölf Dissidenten, unter ihnen Jan Ruml, Václav Malý, Svatopluk Karásek und Petr Úhl in einem offenen Brief²¹⁷ an den Präsidenten. Sie erinnerten daran, dass der Widerstand gegen das vormalige totalitäre Regime gerade von den Bürgerinitiativen, vom zivilen Engagement einer Charta 77 und später auch der HOS, der Bewegung für bürgerliche Freiheit, ausging. Für sie ist „Zivilgesellschaft“ als politischer Terminus in Tschechien ein Schutzmechanismus gegen die Klausche Denkweise, die sich das Patent auf Vernunft in der Vision großer Ziele lieh.²¹⁸ Bürgerinitiativen in der Zivilgesellschaft sind für sie die letzte Instanz der Qualität einer Demokratie.

Künstlicher Multikulturismus: Tschechien ist heute ein Nationalstaat mit einer relativ homogenen Bevölkerung. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass staatliche Entwürfe – sei es die Erste, demokratische, Republik unter Masaryk oder die sozialistische Tschechoslowakei

²¹⁵ Müller, K.: Die Tschechen und die Zivilgesellschaft. Begriffe, Probleme, Ausgangspunkte. Prag. 2002, S.202.

²¹⁶ Übersetzung aus dem Tschechischen: Havel, V.: Die Macht der Ohnmächtigen. Hrádeček, Oktober 1978. In: Über die menschliche Identität. Prag. 1990, S.78.

²¹⁷ Offener Brief von 12 Dissidenten an den Präsidenten der Tschechischen Republik. Vgl. [www. Redakce F.cz, Rovné příležitosti>Politika](http://www.Redakce F.cz/Rovné příležitosti>Politika) vom 26.05.2005.

²¹⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen: Ruml, J.: Wo sich das Leben wirklich leben lässt. In: Philanthropie in der Tschechischen Republik und öffentliche Bürgerbeteiligung. Essaysammlung. Jihlava. 2000, S.67.

nie nur auf eine, auf die tschechische Nation gründeten. Schwierigkeiten, gleichberechtigt mit Bürgern anderer Nationalitäten in einem gemeinsamen Staat zu leben, scheint es für die Tschechen nach wie vor zu geben, wenn man die Äußerung ihres Präsidenten zum Maßstab nimmt.

Radikaler HumanRightismus: Können Menschenrechte radikal sein? Sie formal zu verteidigen ist zu wenig. Die politische Verfolgung Andersdenkender haben viele Tschechen in der vor 15 Jahren zu Ende gegangenen Epoche des Sozialismus erlebt. Für sie ist die Möglichkeit, ihre Meinungen und Ansichten zu äußern, sich zusammenzuschließen, untrennbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Jan Ruml, einer der Unterzeichner des Briefes, verglich Klaus mit den totalitären Machthabern, der vormaligen Regimegegner heute als Gescheiterte und Selbsternannte bezeichnete.

Aggressiver Ökologismus: Kann die Anmahnung eines bewusst schonenden Umgangs mit der Natur aggressiv sein? Umweltbewusstes Denken und Handeln war in den totalitären Strukturen tabu. Heute vermitteln zivilgesellschaftliche Organisationen wie z.B. die Brünnener Stiftung Partnerství und die Stiftung zum Schutz des Isargebirges ökologische Ansätze.

Die Reaktion von Klaus auf den offenen Brief fiel entsprechend aus: Seine Äußerungen hätten sich nicht auf die Aktivitäten und Bewegungen in der Zeit des Totalitarismus, in der es keine freien Wahlen gab, bezogen. Es genüge nicht, nur „...alte Kämpfe mit alten Feinden auszutragen, da neue Bewegungen entstehen, neue „Ismen“, neue Philosophien, die auch eine Bedrohung der Freiheit sein können.“ Speziell sieht Klaus eine Bedrohung der Freiheit in Bewegungen und in Gruppen, „die nicht genügend Mut, Kraft und Ideen haben, um sie auf den öffentlichen Markt zu tragen und in einen Wahlkampf um ihre demokratische Legitimität zu treten.“

„Jeder ideologische Streit höhlt inhaltlich den Gegenstand aus, mit dem er sich befasst und wird zu einem wichtigen Indikator für eine Aussage über Charakter und Atmosphäre der Zeit, in der wir leben, über das Klima der Transformation in der Tschechischen Republik. Der Streit an sich ist zwar etwas lächerlich, ein lang gezogener Nachhall der nationalen Wiedergeburt im postmodernen Schnitt, ein dadaistisches Ereignis auf Tschechisch.“²¹⁹

Dieser Nachhall ist bis heute zu hören. Die Akteure von damals sind als Akteure von heute nicht austauschbar. Desto wichtiger war daher die „Bewusstseinsreinigung“, die Havel mit der öffentlichen Polemik seiner normativen Konzeption eingeleitet hat. Für das Verständnis von Zivilgesellschaft in Tschechien und die moralische Unterstützung der gesellschaftlichen

²¹⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Ruml, J.: Wo sich das Leben wirklich leben lässt. In: Philanthropie in der Tschechischen Republik und öffentliche Bürgerbeteiligung. Essaysammlung. Jihlava. 2000, S.68.

Transition war die Zeit seiner Präsidentschaft nicht nur ein nicht wiederholbarer Glücksfall, sondern eine Notwendigkeit, ohne die eine demokratische Konsolidierung in Tschechien auf dem derzeitigen Stand nicht denkbar wäre. Die zivilgesellschaftlichen Konzeptionen wurden dabei als „regulative Idee“²²⁰ in die gesellschaftliche Diskussion um die Entwicklung der tschechischen Demokratie eingebracht. Die Auseinandersetzung um den gesellschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Entwurf blockierte die Auszahlungen aus dem Stiftungsinvestitionsfonds.²²¹ Die damit einhergehende Möglichkeit, stärker mit inländischen finanziellen Ressourcen zivilgesellschaftliche Entwicklung zu fördern, wurde um knapp sechs Jahre hinausgeschoben. Auch das im europäischen Kontext sehr progressive Stiftungsgesetz wurde – im Unterschied zur normativen Basis der anderen zivilgesellschaftlichen Organisationsformen – erst relativ spät, 1997, verabschiedet.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die politisch kommunizierten Konzeptionen über den Aufbau einer Zivilgesellschaft in Tschechien in den neunziger Jahren nur die Pole eines potentiellen Entwicklungsspektrums erfassten. Die Amplituden schlugen mitunter weit aus und die Positionen von Politikern und Personen des öffentlichen Lebens wurden von einzelnen Interessengruppen instrumentalisiert.

„Die gesamte Debatte bei uns ist sehr schematisiert und vereinfacht und keine Seite ist bereit, der jeweils anderen zuzuhören. Das führt zu einem schrecklichen Wirrwarr der Begriffe, die dann zu eigenen Gunsten instrumentalisiert werden.“²²²

²²⁰ Schlögel, K: Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang. München, Wien, 2002, S. 204.

²²¹ Huster, D.: Der Stiftungsinvestitionsfonds und die Eigentumsstruktur der Stiftungen in Tschechien. Zeitschrift zum Stiftungswesen. ZSt 1-2/2004, S.31.

²²² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit David Stulík am 02.12.2002 in Prag.

Übersicht 7: Ziele, Probleme und Chancen für Zivilgesellschaft
in Verbindung mit der Person des Präsidenten in der ČR

| | | |
|-------------------------------|--|---|
| Akteur | Präsident Havel (1990-2002) <i>„die normative Konzeption“</i> | Präsident Klaus (seit 2002) <i>„die pragmatische Konzeption“</i> |
| Ziele | - Stärkung des Verantwortungsbewusstseins einzelner Individuen für die Gesellschaft | - Effektive Transformation der Wirtschaft, - Etablierung einer Marktwirtschaft ohne Attribute |
| Direkte Einflussmöglichkeiten | Keine, aber im Amt Vermittlung von Moral und Ethik möglich, wirkt auf Bewusstseinsbildung der Bürger | |
| Probleme | - In der Vermittlung: Kommunikation von Zivilgesellschaft als Alternative zur Wahl- und Parteiendemokratie | - In der Auffassung: Legitimitätsdefizit zivilgesellschaftlicher Organisationen gegenüber wahldemokratischen Instanzen |
| Für die Zivilgesellschaft | <i>entwicklungsfördernd</i> - Diskussion des Begriffes Zivilgesellschaft und demokratischer Werte - beispielgebend mit eigener Stiftungsgründung und im Spendenverhalten | <i>entwicklungshemmend</i> - kommt dem Stereotyp des vorherigen Regimes entgegen, Anweisungen „von oben“ auszuführen - sieht die Parteien als einziges Instrument der Partizipation |

Eigene Darstellung

1.4. Reflexion zivilgesellschaftlicher Entwicklung

Jenseits der konzeptionellen Auseinandersetzungen (vgl. Kap. IV, 1.1.-1.3.) wurde die Zivilgesellschaft auf eine solide normative Grundlage gestellt (vgl. Anhang D), auch wenn dies häufig mit Verzögerungen und anfänglicher Unentschlossenheit einherging.

Zivilgesellschaftliche Entwicklung – im Tocquevilleschen Sinne – manifestiert sich in Tschechien in folgenden normativ-institutionellen Aspekten:

1. Eine demokratische Verfassung wurde verabschiedet. Der Prozess einer institutionellen Konsolidierung demokratisch-repräsentativer Strukturen ist weitestgehend abgeschlossen. Parlament und Senat sowie Gemeindevertretungen und Gebietsparlamente sind arbeitsfähig.

2. Parteien und Interessenverbände haben sich etabliert, eine autonome, vom politischen System unabhängige Zivilgesellschaft hat sich herausgebildet und trägt zum gesellschaftlichen Konsens bei.

Für die Beurteilung der Reflexion zivilgesellschaftlicher Entwicklung im Land sowie der Aufgeschlossenheit der Regierungen im Betrachtungszeitraum gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement sollen neben der qualitativen Textanalyse der Interviews zwei legislative Maßnahmen (vgl. Kap. V / 2.1. und 2.2.) mit zeitlichem Bezug zu den jeweiligen Amtszeiten²²³ erörtert werden:

Tabelle 4: Regierungen in der Tschechischen Republik

| <i>Amtszeit</i> | <i>Regierungsparteien</i> | <i>Premier</i> |
|-----------------|-------------------------------|----------------------------|
| 7/1992 - 7/1996 | ODS, KDU-ČSL, ODA | Václav Klaus (ODS) |
| 7/1996 - 1/1998 | ODS, KDU-ČSL, ODA | Václav Klaus (ODS) |
| 1/1998 - 7/1998 | ODS, KDU-ČSL, ODA | Josef Tošovský (parteilos) |
| 7/1998 - 7/2002 | Minderheitsregierung der ČSSD | Miloš Zeman (ČSSD) |
| 7/2002 - 8/2004 | ČSSD, KDU-ČSL, Unie svobody | Vladimír Špidla (ČSSD) |
| 8/2004 | ČSSD, KDU-ČSL, Unie svobody | Stanislav Gross (ČSSD) |

Quelle: Eigene Darstellung

Vgl. auch www.vlada.cz/1250/vlada/vlada_clenove.htm vom 08.07.03

Eine positive Beurteilung seitens der Respondenten erfährt die Umbruchszeit, die - noch in der damaligen Tschechoslowakei – unmittelbar auf die Samtene Revolution folgte. Die Bevölkerung, vom Aufbrechen der totalitären Strukturen mit viel Selbstvertrauen gerüstet und von ehemaligen Dissidenten²²⁴ geführt, hatte genügend Raum zur Selbstorganisation.

„Die erste Wahlperiode des Bürgerforums war phantastisch. Die gab den größten Ausschlag für die Entwicklung der Demokratie. Die Kommunistische Partei wurde zerschlagen, das war ein entscheidender Schritt. Der Raum für den Nonprofit-Sektor wurde geöffnet, für die Vereinigungsfreiheit der Bürger. Heute ist das für uns ganz normal. Wenn jemand eine Nonprofit-Organisation gründen möchte, kann er das tun.“

²²³ Zieht man die Stabilität der Regierungen als ein Indiz für den Grad demokratischer Konsolidierung in transformatorischen Demokratien in Betracht, so zählt Tschechien mit einer durchschnittlichen Regierungsdauer im Zeitraum zwischen der ersten Mehrparteienwahl und Juni 1996 von ca. 36 Monaten mit Sicherheit zu den Vorreitern postsozialistischer demokratischer Entwicklung. Eine ähnlich lange Regierungsdauer im osteuropäischen Vergleich konnte nur Ungarn mit 37,5 Monaten aufweisen. Am geringsten fiel die durchschnittliche Regierungsdauer in Polen aus. Polen hatte in diesem Zeitraum 6 Regierungen mit einer durchschnittlichen Dauer von 9,5 Monaten. Vgl.: Segert, D.: Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas. In: Merkel, W. / Sandschneider, E.(Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess. Opladen. 1997, S.80.

²²⁴ Neben Václav Havel als Präsident stand Jiří Dienstbier dem Außenministerium vor und Jan Ruml dem Innenministerium.

Damals ging das nicht. Also 1990 wurde der Weg eröffnet, damit sich die bis dahin unterdrückte Tätigkeit der Bürger zu gemeinnützigen Zwecken und private Initiativen entwickeln konnte.²²⁵

„Ganz eindeutig die erste, von 1990 bis 1992. Die Offenheit von Regierungsinstitutionen gegenüber der Öffentlichkeit war da am größten. Das war eine Zeit, in der das alte Regime, der Staatsapparat, verunsichert war, Fachleute aller möglichen Organisationen haben sich mit den Mitarbeitern der Verwaltung (uředníci) getroffen, stellten ihre Konzepte vor, die auch angenommen wurden. Das war praktisch das Ideal, wenn auch manchmal ein großes Chaos.“²²⁶

Bürgerschaftliches Engagement entfaltete sich in der Zeit nach dem „Erosionsprozess des ‚realen Sozialismus‘“²²⁷ mit enormer Schnelligkeit.

„Nach dem politischen Umschwung 1989 wurden an vielen Orten die alten Vorkriegstraditionen der Vereine, Kulturaktivitäten und Sportklubs neu belebt. Die Gemeinden gaben ihre Zeitungen heraus, das Interesse der Menschen an der Erhaltung der Kulturdenkmäler und der Lokalpatriotismus sind angestiegen. Es sind vielschichtige Aktivitäten, jeder kann für sich entscheiden, was ihm am besten entspricht. Ich sehe das als sehr positive, wenn auch nicht allgemeine Erscheinung.“²²⁸

Nach anfänglicher allgemein herrschender Euphorie über die wiedergewonnenen Freiheiten begann sich das Verhältnis zwischen Staat und den neu entstandenen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu differenzieren.

„Dann kam die Regierung von Václav Klaus mit seiner ODS. Der sprach sich für eine Standarddemokratie (standardní demokracie), also für eine Parlamentarisierung (parlamentokracie²²⁹) aus, und da begann eine Abkühlung, also eine Periode des kühlen Umgangs zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Es wurde jeder Gedanke, dass die Nonprofit-Organisationen irgendwelche Interessen repräsentieren oder eine politische Funktion erfüllen könnten, unterdrückt. Davor herrschte panische Angst.“²³⁰

²²⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Jiří Bárta am 27.11.2002 in Prag.

²²⁶ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Pavol Frič am 26.11.2002 in Prag.

²²⁷ Priller, E.: Zivilgesellschaft in Zentraleuropa. In: WZB-Mitteilungen, Heft 104/2004, S. 45.

²²⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit MUDr. Milena Černá am 02.12.2002 in Prag.

²²⁹ Analog zu dem Begriff „parlamentokracie“ – Parlamentarisierung existiert der Begriff „Partokracie“, der historisch im tschechischen Kontext belegt ist und auf die Kritik der jungen Generation an den zersplitterten und kurzsichtigen Parteien, die von der Gründergeneration der Ersten Republik geführt wurden, in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts abstellt. Dem Begriff „parlamentokracie“ ist durchaus eine gewisse pejorative Konnotation implizit.

²³⁰ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Pavol Frič am 26.11.2002 in Prag.

Die sich an die Periode des schnellen Wachstums zivilgesellschaftlicher Organisationen anschließende erste Amtszeit von Václav Klaus, in der die von den Tschechen nicht intendierte Trennung von der Slowakei erfolgte, wird als desillusionierend beschrieben.

„Für mich war die schlimmste Periode die Ende des Jahres 1993 und dann 1994, 1995. Das war eine Zeit, in der die Tschechen sehr selbstgefällig waren, in der sie dachten, dass sie alles gelöst hätten und alles in Ordnung sei. Sie waren etwas abgehoben, haben die Slowaken ausgelacht, weil sie Meciar hatten, und haben sich selbst nicht vergegenwärtigt, dass sie Klaus haben...“²³¹

„Aus politischer Sicht kam der Zivilgesellschaft am meisten die Zeit zwischen 1990 und 1992 zugute. Diese Periode endete mit dem Zerfall der Tschechoslowakischen Föderation. Das war eine sehr euphorische und idealistische Zeit, die günstig war für alles Neue und Bunte. In den Jahren darauf wird es schwieriger, eine Etappe zu identifizieren. Mit einem gewissen Maß an Übertreibung könnte man sagen, dass in der Zeit der rechten Regierungen unter Führung von Václav Klaus, besonders die letzte Periode von 1995-1997, eine reservierte Politik gegenüber den NPOs betrieben wurde. Eine Reihe positiver Maßnahmen, die Verteilung des NIF, die Überarbeitung der Politik der staatlichen Zuschüsse, wurden hingegen in der Regierungszeit des sozialdemokratischen Premiers Zeman in den Jahren 1998 bis 2002 verabschiedet.“²³²

Positiver für die Entwicklung der Zivilgesellschaft wird die Regierungsarbeit der Sozialdemokraten und die kurze Übergangsperiode der ODS-geführten Tošovský-Regierung beurteilt. In diese Zeit fielen zwei entscheidende legislative Maßnahmen, *das Gesetz über Stiftungen und Stiftungsfonds* sowie die Ausschreibung der Mittel aus dem *Stiftungsinvestitionsfonds*. Wenngleich quantitativ die normative Basis für die institutionelle Verankerung zivilgesellschaftlichen Engagements in den frühen neunziger Jahren geschaffen wurde (vgl. auch Anhang D), determinieren eben diese Maßnahmen die besondere Qualität der Verknüpfung demokratischer Konsolidierung mit zivilgesellschaftlicher Entwicklung in der Transformation.

„Die beste Periode für den Nonprofit-Sektor und die Zivilgesellschaft war meines Erachtens die Zeit der Tošovský-Regierung. Das war zwar eine sehr kurze Zeit, eine Übergangszeit, aber gerade da wurden einige unumkehrbare Schritte unternommen. Es wurde auch über viele gesellschaftliche Dinge reflektiert und diskutiert, das war wie ein grundlegender positiver Schritt, wie ein Neustart, der später von niemandem mehr aufgehhalten werden konnte. Auch wenn dieselben Akteure wieder zurückkamen, sie konnten die begonnenen Dinge nicht aufhalten.“²³³

²³¹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

²³² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview (schriftlich) mit Dr. Hana Frištěnská am 07.01.2003.

²³³ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

Diese empirischen Befunde korrespondieren mit dem statistischen Datenmaterial zur Gründung zivilgesellschaftlicher Institutionen in dieser Periode. Im Unterschied zu anderen transformatorischen Demokratien wie Ungarn, aber auch Polen und der Slowakei erlebte Tschechien von 1997 bis 2000 erneut einen rapiden Anstieg von Neugründungen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Ende 2000 lag die Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen in Tschechien mit über 45.000²³⁴ höher als in den anderen Vyšehrad-Ländern. Vergleicht man diese Entwicklung mit der Slowakei²³⁵, so fällt auf, dass die nahezu homogene Ausgangslage 1989/1990 in beiden Teilen der Föderation die Entwicklung im folgenden Jahrzehnt nicht erklären kann. Vielmehr muss die Entwicklung in dieser Periode anderen Einflüssen unterworfen gewesen sein. In diesem Zusammenhang scheinen zwei mögliche Einflüsse, begründet in der normativen Ebene, von Relevanz. Der Entwicklungstrend in der Tschechischen Republik kann vom Gesetz Nr. 248/1995 Sammlg., über Gemeinnützige Gesellschaften ausgegangen sein, das nach seinem Inkrafttreten eine Reihe von Beitragsorganisationen²³⁶, d.h. staatlichen Nonprofit-Organisationen, dazu inspirierte, eine größere organisationelle Unabhängigkeit vom Staat oder von der Kommune anzustreben. Die durch dieses Gesetz eingeleitete Transformation von Beitragsorganisationen in Gemeinnützige Gesellschaften (Obecně prospěšná společnost resp. Public Benefit Cooperation), insbesondere in den Bereichen Kunst und Kultur²³⁷, kann als eine Erklärung für die abweichende Entwicklung in Tschechien herangezogen werden. Eine zweite, möglicherweise weitgreifendere Erklärungshypothese bietet die Umsetzung eines bereits sehr früh, in 1991 verabschiedeten Gesetzes in den Jahren 1997 bis 1999 – die Auszahlungen aus dem Stiftungsinvestitionsfonds (vgl. Kap. V/2.1.) in zwei Etappen. Durch die damit verbundene finanzielle Konsolidierung von Stiftungskapital und die dadurch mögliche Vergabe von Grants aus den Erträgen des Kapitals wird die finanzielle Basis anderer Organisationsformen des Nonprofit-Sektors gesichert und zivilgesellschaftliches Engagement ermöglicht.

Ungeachtet dieser beeindruckenden statistischen Daten für Tschechien schätzt eine Respondentin die Reflexion zivilgesellschaftlicher Entwicklung im Bewusstsein der Bürger

²³⁴ Mansfeldová, Z., Naleecz, S., Priller, E., Zimmer, A.: Civil Society in Transition. In: Zimmer, A., Priller, E.: Future of Civil Society – Making Central European Nonprofit-Organizations Work. Opladen, 2004, S. 103.

²³⁵ In der Slowakei ist seit 1989 ein mäßiger, kontinuierlicher zahlenmäßiger Anstieg zivilgesellschaftlicher Organisationen zu beobachten. Für das Jahr 2000 sind ca. 13.000 Organisationen registriert. Vgl. Mansfeldová, Z., Naleecz, S., Priller, E., Zimmer, A.: Civil Society in Transition. In: Zimmer, A., Priller, E.: Future of Civil Society – Making Central European Nonprofit-Organizations Work. Opladen, 2004, S. 103.

²³⁶ Das Kriterium der institutionellen Unabhängigkeit vom Staat resp. der Kommune ist für Beitragsorganisationen nicht hinreichend gegeben, da auf politischer Ebene über die Besetzung und Abberufung der Leitung dieser Organisationen entschieden wird. Vgl.: Huster, D.: Die Entwicklung des Nonprofit-Sektors in der Tschechischen Republik: Spezifika eines Transformationslandes am Beispiel der Stadt Hradec Králové und der Beitragsorganisation Klicpera-Theater. FHTW/FHVR Berlin. 1999, S.53f.

²³⁷ In 2000 vollzog z.B. Prag die Transformation seiner Theater in Gemeinnützige Gesellschaften.

Vgl. auch Joklová, S., Kreuzmannová-Danková, Y.: Bericht über die II. Landeskonferenz von NPOs in Kultur und Kunst – VSNOKU. Prag, 1998, S.2.

sehr kritisch ein. Das bis 1989 vorherrschende Gefühl der Entschuldigung der gesellschaftlichen Entwicklung vor sich selbst durch eine Entlegitimation als force major, das „die“ da oben und „wir“ da unten, konnte nicht in allen Teilen der Bevölkerung abgebaut werden:

„Ja, bei dem mainstream herrscht das schon vor. Ganz anders ist das natürlich bei VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen, weil die haben ja quasi das Werkzeug in die Hand genommen, um aktiv zu sein. Aber auch die stoßen dann sehr oft auf Wände, wo dann Leute von der staatlichen Sphäre, ich weiß nicht, ob Angst haben, mit denen zu kommunizieren, oder ob sie das Gefühl haben, die Nichtregierungsorganisationen haben uns nicht reinzureden. Obwohl seit 1997 hat sich ganz viel getan. Also mit der Regierungsübernahme der Sozialdemokratischen Partei hat sich wirklich ganz Vieles geöffnet, das ist ganz klar. Bis heute vertritt die Partei von Herrn Klaus, die ODS, die Meinung, die Nichtregierungsorganisationen, die Zivilgesellschaft, das sind Parasiten, die von unserem Staat Geld abschöpfen wollen und sonst nichts.“²³⁸

So haben die Bürger auch nach 1989 trotz der institutionellen Entwicklung und des Engagements Einzelner ein sehr ambivalentes Verhältnis zur zivilgesellschaftlichen Entwicklung in ihrem Land. Beispielhaft wird aus der nachstehenden Tabelle deutlich, dass Mitte der neunziger Jahre ca. ein Fünftel der Befragten den Nonprofit-Sektor in ihrem Land für unbedeutend hielt.

Tabelle 5: Unterstützung von Nonprofit-Organisationen

Die Unterstützung von Nonprofit-Organisationen halten für:

| | |
|---------------------------|-----|
| entscheidend wichtig | 8% |
| eher wichtig | 16% |
| in einigen Dingen wichtig | 32% |
| eher unwichtig | 13% |
| überhaupt nicht wichtig | 7% |
| unentschlossen | 24% |

Quelle: Institut für soziologische Studien an der Fakultät für soziologische Wissenschaften der Karls-Universität.: Zu den Ergebnissen einer Meinungsumfrage unter den Bürgern der CR zur Politik. Prag, 1995.

„In den letzten Jahren scheint es, als könne die Öffentlichkeit die Existenz und Rolle der NPOs besser identifizieren, beispielsweise die Rolle der NPOs bei dem Hochwasser im vergangenen Jahr. Das sind allerdings NPOs, die sich bestimmten Zielgruppen

²³⁸ Interview mit Nicole Boruvka am 28.11.2002 in Prag.

beschäftigen und für diese aktiv werden. Subjekte, die sich mit der strukturellen Entwicklung der Zivilgesellschaft beschäftigen, erkennt die Öffentlichkeit viel schwerer oder sie interessiert sich nicht für sie. Hier bilden einige Serviceorganisationen eine Ausnahme, z.B. das ICN mit Blick auf die jährliche Kampagne „30 Tage für den Nonprofit-Sektor“ und vielleicht HESTIA, die ihren Schwerpunkt auf die Entwicklung der Freiwilligenarbeit unter Jugendlichen legt.“²³⁹

Die Ergebnisse der Meinungsumfrage (Tab.5) signalisieren, dass Mitte der neunziger Jahre fast die Hälfte der tschechischen Bevölkerung zivilgesellschaftlichen Strukturen skeptisch gegenüberstand.

„Demokratie ist ein System, das auf das Vertrauen in die Verantwortung des Menschen begründet ist. Dieses Verantwortungsbewusstsein muss jedoch ständig erneuert und kultiviert werden. Der Staat darf nicht denken, dass er selbst am besten wisse, was die Gesellschaft benötigt. Er muss seinen Bürgern vertrauen und ihnen ermöglichen, einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die Gesellschaft auf sich zu nehmen. Daher sollte er ihnen eine breite Palette von Möglichkeiten zur Beteiligung am öffentlichen Leben und zur Entwicklung verschiedener Formen des zivilen Zusammenlebens ... anbieten.“²⁴⁰

Die Politik Václav Havels nach 1989 als „antipolitisch“ zu charakterisieren, verkennt notwendigerweise seine Absichten und objektiv auch die sozialen Interessen einer postkommunistischen Gesellschaft.²⁴¹ In welchem Maße sich die von Havel intendierten Vorstellungen des postkommunistischen Aufbaus der tschechischen Gesellschaft mit dem von ihm gewählten Mitteln erreichen ließen, ist zu hinterfragen.

„Für Havel spricht selbstverständlich viel. Havel politisierte den Begriff der Zivilgesellschaft. Er zeigte ihn als Alternative gerade gegenüber bestimmten formalistischen demokratischen Standpunkten auf. Ich glaube, die tschechische Gesellschaft war nicht in der Lage, das zu reflektieren. Es blieb hier etwas wie der Geschmack danach, dass die Zivilgesellschaft als Alternative aufgefasst wurde, nicht als allgemeine Basis mit mehr oder weniger Einfluss. Aus einem bestimmten Blickwinkel ... komplizierte das, was den Streit mit Klaus beschwor, die Probleme bei uns – mit der Zivilgesellschaft und den Nonprofit-Organisationen. Die ganze Sache glitt in enge politische Zusammenhänge ab, vor allem in den Zusammenhang mit der Rolle der politischen Parteien. Eine verhältnismäßig unglückliche Eröffnung der „Karriere“ des Bürgerforums, dass Havel gesagt hat, die Zivilgesellschaft ist für alle, die politischen

²³⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview (schriftlich) mit Dr. Hana Frištnská am 07.01.2003.

²⁴⁰ Übersetzung aus dem Tschechischen: Havel, V.: In: Leitfaden für den Dritten Sektor für öffentliche Bedienstete. Salzburger Seminar. 1997, S.8.

²⁴¹ Müller, K.: Die Tschechen und die Zivilgesellschaft. Begriffe, Probleme, Ausgangspunkte. Prag. 2002, S.193.

Parteien sind für wenige. Ich glaube, dass sich Havel eine gewisse Zeit von dieser Einteilung leiten ließ und das war ungünstig für die Zivilgesellschaft bei uns.²⁴²

Die politisch kommunizierten Konzeptionen über den Aufbau einer Zivilgesellschaft in Tschechien erfassten in den neunziger Jahren nur die Pole eines potentiellen Entwicklungsspektrums. Die Amplituden schlugen mitunter weit aus und die Positionen von Politikern und Personen des öffentlichen Lebens wurden von einzelnen Interessengruppen instrumentalisiert. Diese Einsicht reift zu Beginn des neuen Jahrzehnts zunehmend im öffentlichen Raum.

2. Zivilgesellschaftlicher Handlungsrahmen

2.1. Politische Parteien, Staat und Zivilgesellschaft

Die sich in der Literatur durchgesetzte Feststellung, dass in den osteuropäischen Ländern nach 1989 nicht an Parteiensysteme aus der Zwischenkriegszeit und vorsozialistische Strukturen angeknüpft wurde, begründet SEGERT²⁴³ für die Tschechoslowakei wie folgt: Einerseits hat die „staatssozialistische Modernisierung der traditionellen Sozialstrukturen“ eine Rückkehr zu vorsozialistischen Modellen unmöglich gemacht. Hinzu kam für die Tschechoslowakei (ab 1993 für Tschechien) ein weiterer gewichtiger Umstand: Die mit dem Münchner Abkommen besiegelten Jahre des Protektorats vom Einmarsch deutscher Truppen 1938 bis zum Kriegsende waren für die politische Tradition des Landes eine Zäsur²⁴⁴. Das Scheitern der Ersten Republik und die mit der Aussiedlung der Sudetendeutschen (20% der damaligen Bevölkerung) in den Jahren 1945 und 1948²⁴⁵ verbundenen Änderungen in der Sozialstruktur hohlten dauerhaft die soziokulturellen Grundlagen des Parteiensystems der Ersten Republik aus. Deshalb waren die Hoffnungen auf die schnelle Rückkehr zu einem demokratischen Normalzustand unter Anknüpfung an

²⁴² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

²⁴³ Segert, D.: Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas. In: Merkel, W. / Sandschneider, E. (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess. Opladen. 1997, S.70-72.

²⁴⁴ Der 15.03.1939 kennzeichnet das Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik durch die Angliederung an das Deutsche Reich als Protektorat Böhmen und Mähren und gleichzeitig den Beginn einer sechsjährigen Unterdrückung und Okkupation.

²⁴⁵ Ca. drei Millionen Deutsche wurden zwischen 1945 und 1948 gewaltsam aus der Tschechoslowakei deportiert.

Ein Tabu der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung sind die tatsächlichen rechtlichen Verhältnisse der Minderheiten – der sudetendeutschen, aber auch der ungarischen in der Ersten Republik unter Masaryk. Durch ihre Benachteiligung, die sich insbesondere im prozentualen Anteil der arbeitslosen Sudetendeutschen an der Gesamtbevölkerung der Ersten Republik ausdrückt, waren die Sudetendeutschen der Ersten Republik gegenüber nicht besonders loyal eingestellt und so in weiten Teilen empfänglich für nationalsozialistische Propaganda.

Eine beeindruckende historisch-literarische Aufarbeitung der Vertreibung findet sich bei Glotz, P.: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück. München, 2003.

historische Erfahrungen nach 1989 in der Tschechoslowakei, die als einziges osteuropäisches Land diesen geschichtlichen Entwicklungsvorteil aufwies, zum Scheitern verurteilt.

Der unter der Annahme, dass Parteien zwar ein wichtiges Element des demokratischen Meinungsbildungsprozesses darstellen, aber sich über sie allein nicht die Partizipation der Bürger vollziehen kann²⁴⁶, unternommene Versuch von WIDMAIER / GARWICH / BECKER²⁴⁷, die Parteiensysteme in Zentral- und Osteuropa nach 1989 zu analysieren, mündete in der Erkenntnis, dass zwar eine zentrale Funktion politischer Parteien im Willensbildungsprozess und bei der Umsetzung politischer Entscheidungen besteht, sich aber Defizite in ihren inneren Strukturen und in ihrer Verknüpfung mit gesellschaftlichen Prozessen finden. Für MERKEL hingegen vollzieht sich über die Parteien eine direkte oder indirekte Prägung der Konsolidierungschancen einer jungen Demokratie. Sie haben „... nicht nur wie ihre Schwesterorganisationen in etablierten Demokratien die Standardfunktionen der Aggregation, Zielfindung und Elitenrekrutierung zu erfüllen, sondern müssen zusätzlich erhebliche Konsolidierungsleistungen für andere gesellschaftliche und politische Teilregime erbringen.“²⁴⁸

Die Art und Weise der Fragmentierung des tschechischen Parteiensystems ist auf den Verlauf des gesellschaftlichen Transformationsprozesses und den dabei entstandenen Bürgerrechtsbewegungen zurückzuführen und findet Analogien in anderen Ländern des früheren sozialistischen Lagers.²⁴⁹ In Tschechien kam es, wie auch in Polen in der *Solidarnosc* oder in Ungarn im *Demokratischen Forum*, nach dem erfolgreichen Sturz des sozialistischen Systems zu Spaltungen aufgrund ideologischer Differenzen innerhalb der Bürgerrechtsbewegung und damit verbundener Parteigründung einerseits sowie zu Parteien-Neugründungen. Andererseits vermochte es auch eine in die sozialistische Nationale Front integrierte Blockpartei, ihre Pfründe in die neue Zeit zu retten. Im osteuropäischen Vergleich hat sich das Parteiensystem später als z.B. in Ungarn ausdifferenziert, ist aber nach der Samtenen Revolution relativ stabil geblieben. Die tschechische Bevölkerung brachte den Parteien bis Mitte der neunziger Jahre ein verhältnismäßig großes Vertrauen entgegen, dass möglicherweise in den demokratischen Traditionen der Vorkriegszeit sowie „in den

²⁴⁶ Vgl. Kap.VI,1.2. Die pragmatische Konzeption von Václav Klaus sieht im Unterschied dazu die Parteien als alleiniges Instrument der Partizipation.

²⁴⁷ Widmaier, U./Garwich, A./Becker, U.: Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas. Opladen.1999, S.31ff.

²⁴⁸ Merkel, W.: Einleitung. In: Merkel, W., Sandschneider, E. (Hrsg.): Systemwechsel 3.Parteien im Transformationsprozess.Opladen.1997, S.13.

²⁴⁹ z.B. das „Neue Forum“ in der ehemaligen DDR, das im Verlauf der Transformation von einer Bürgerplattform als „Bündnis 90“ in eine bestehende Partei eingegliedert wurde.

traumatischen Erfahrungen der spätsozialistischen Zeit (1968) mit Einparteiensystemen wurzelt“.²⁵⁰

Aus dem starken rechten Flügel des am 19.11.1989 als Reaktion auf die Ereignisse vom 17. November 1989 gegründeten Bürgerforums (Občanský Fórum – OF), das in den ersten freien Wahlen 1990 51% der Stimmen erhielt²⁵¹, formierte sich im Februar 1991 in Lány unter Vorsitz von Václav Klaus die *Demokratische Bürgerpartei* (ODS). Die von bürgerlichen Schichten getragene politische Basis dieser Partei wurde Mitte der Neunziger Jahre durch einen Zusammenschluss mit der kleinen Christlich-Demokratischen Partei verstärkt, bevor ein Teil der Mitglieder die Partei verließ und mit liberalen Akzenten eine neue Partei, die Freiheitsunion (Unie svobody) gründete.

„Die ODS ist eine Partei, die eine starke pragmatische Machtstruktur hat... Das kann selbstverständlich sehr positiv sein und Voraussetzungen für Zusammenarbeit fördern...wie es sich im regionalen Kontext auch bewährt hat. Politisch formulierte gesellschaftliche Ziele hingegen machen Koalitionen schwer.“²⁵²

„Es gibt Parteien, die die Unterstützung der Zivilgesellschaft auch als Wahlparole nehmen...Das sind eher die kleineren, liberalen Parteien. Aber die ODS, die Partei von Klaus, die überhaupt nicht, die kann die Zivilgesellschaft überhaupt nicht ab. Da gibt es nur die Individuen und die gewählten Organe und dazwischen ist Laisser-faire. Und der freie Markt wird schon alles richten.“²⁵³

Die *Sozialdemokratische Partei* ist die älteste unter den im Parlament vertretenen Parteien. Im Jahre 1874 wurde sie als Österreichische Sozialdemokratische Partei von Vertretern tschechischer Arbeitervereine gegründet²⁵⁴, und bereits vier Jahre später fungierte sie als selbständige Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei in Österreich. Heute finden sich in ihren Reihen viele vormals dem kommunistischen Regime Verbundene. Daher gab es nach der Samtenen Revolution wenig Zustimmung für diese Partei in der Bevölkerung.

„Ich glaube auch, dass die Sozialdemokraten eine vorsichtige, umsichtige Partei sind, sie wissen, was sie sich nicht erlauben dürfen. Auch in dieser Partei gibt es verschiedene Flügel und der von Miloš Zeman ist sehr vorsichtig und berechnend.“

²⁵⁰ Segert, D.: Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas. In: Merkel, W. / Sandschneider, E. (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess. Opladen. 1997, S. 87.

²⁵¹ Benešová, L.: Chronik der ODS – 10 Jahre Geschichte. In: www.ods.cz/historie vom 12.09.2002.

²⁵² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

²⁵³ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit PhDr. Jaroslava Št'astná am 26.11.2002 in Prag.

²⁵⁴ <http://socdem.cz/vismo/dokumenty2>. vom 02.07.2003.

Hierzu gehört auch der jetzige Minister für Arbeit und Soziales. Der hätte gern, dass der Staat und die Beitragsorganisationen alles machen und nicht etwa Kompetenzen an den Nonprofit-Sektor abgeben.“²⁵⁵

In der zivilgesellschaftlichen Debatte besetzt die ČSSD vorwiegend Themen aus dem sozialen Bereich.

„Die Sozialdemokratie sieht die Rolle des Nonprofit-Sektors eher im charitativen Bereich. Wenn vom nichtstaatlichen Nonprofit-Sektor die Rede ist, wollen sie das eher mit der Altenpflege oder mit dem Umgang mit Behinderten in Verbindung bringen.“²⁵⁶

Die *Demokratische Bürgerallianz* (ODA) wurde als konservative Partei mit intellektueller Basis im Dezember 1989 gegründet, befürwortet eine neoliberale Wirtschaftspolitik und eine parlamentarische Demokratiekonzeption. In der programmatischen Ausrichtung „Der Weg zu einer freien Gesellschaft“²⁵⁷ findet sich die Verantwortung für gesellschaftliches Leben subsumiert unter dem Terminus „menschliche Gegenseitigkeit“ („lidská vzájemnost“), die sich insbesondere in der Existenz privat finanzierter zivilgesellschaftlicher Institutionen manifestiert. „Die politische Macht kann ihnen nicht ihre Lebensfähigkeit garantieren, sie allerdings vor diversen ungünstigen Einflüssen gesetzlich absichern, vor allem vor sich selbst: Eine übermäßige Fürsorge seitens des Staates, sei es auch mit guten Absichten, kann sie ebenso ersticken wie ein schlechtes Ansinnen... Die freie Entscheidung für eine Form der Wohltätigkeit bedeutet nichts anderes als die Anerkennung der eigenen Verantwortung...“²⁵⁸

Die *Christlich-Demokratische Union – Tschechische Volkspartei* (KDU – ČSL) ist das Resultat des Zusammenschlusses zweier Parteien im Jahre 1992. Die ČSL war bis 1989 eine der Parteien der Nationalen Front, die als Mitte-Rechts-Bündnis mit politischen Gruppierungen nach der Samtenen Revolution zusammenging. Als Koalitionspartner der Sozialdemokraten in der jetzigen Regierung nimmt sie keine ablehnende Haltung gegenüber zivilgesellschaftlichen Engagements ein. Sie „unterstützt die Pluralität und die konsequente Anwendung von Mechanismen, die vor beherrschenden Macht Tendenzen schützen. Sie ist für eine Gesellschaft, die auf natürlichen Gemeinschaften begründet ist, wie die Familie, die

²⁵⁵ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Mgr. Pavlína Kalousová am 29.11.2002 in Prag.

²⁵⁶ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit PhDr. Jaroslava Št'astná am 26.11.2002 in Prag.

²⁵⁷ Dieses Programm – „Cesta ke svobodné společnosti“, das bis heute grundlegend für die Partei ist, wurde sofort nach der Samtenen Revolution, noch im Dezember 1989, u.a. von Pavel Bratinka, Jan Payne und Jiří Skalický vorgelegt.

²⁵⁸ Übersetzung aus dem Tschechischen. <http://www.oda.cz/dokumenty/cesta.asp> vom 16.03.2004

zivile Gemeinschaft, die Glaubensgemeinschaft sowie Berufs- und Interessenvereinigungen.“²⁵⁹

Die *Freiheitsunion* (US) ging nach einer Spendenaffäre aus ehemaligen ODS-Mitgliedern hervor und wurde 1998 als neue konservative Partei gegründet, die in 2002 mit der Demokratischen Union zur US-DEU fusionierte. Sie ist im Senat mit mehreren Senatoren vertreten und dürfte aufgrund der Funktion ihres Vorsitzenden Petr MAREŠ in zahlreichen Koordinierungsorganen der Regierung, u.a. als Vorsitzender des Regierungsrates für nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen und des Regierungsrates für Wirtschafts- und Sozialstrategie, der Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen aufgeschlossen gegenüber stehen.

Im Gegensatz hierzu strebt die *Kommunistische Partei Böhmen, Mähren und Schlesien* (KSČM) als Nachfolgerin der alten KSČ weiterhin eine sozialistische Gesellschaftsordnung an. Sie betreibt Propaganda gegen die NATO-Zugehörigkeit und die EU-Mitgliedschaft Tschechiens. Zivilgesellschaftlichen Strukturen gegenüber nimmt sie eine ablehnende Haltung ein. Dies belegt nicht zuletzt die im Parlament geführte Debatte um den Stiftungsinvestitionsfonds (vgl. Kap.V,2.1.). Bei der Verabschiedung der ersten Runde des NIF äußerten die kommunistischen Abgeordneten vor der Parlamentsdebatte, dass sie gegen die Verteilung der Mittel an die Stiftungen stimmen werden und forderten, diese Gelder in den Kosovo zu lenken.²⁶⁰

Tabelle 6: Im Parlament²⁶¹ vertretene Parteien

| | <i>Partei</i> | <i>Vorsitz*</i> |
|---------|---|---------------------|
| ČSSD | Tschechische Sozialdemokratische Partei (Česká strana sociálně demokratická) | Vladimír Špidla |
| KDU-ČSL | Christlich-demokratische Union – Tschechische Volkspartei (Křesťanská a demokratická unie – Česká strana lidová) | Cyril Svoboda |
| KSČM | Kommunistische Partei Böhmen, Mähren und Schlesien (Kommunistická strana Čech, Moravy a Sleska) | Miroslav Grebeníček |
| ODA | Demokratische Bürgerallianz (Občanská demokratická aliance) | Jiřina Nováková |
| ODS | Demokratische Bürgerpartei (Občanská demokratická strana) | Mírek Topolánek |
| US | Freiheitsunion (Unie svobody) | Petr Mareš |

Eigene Darstellung

* Stand Jan.2004

²⁵⁹ Übersetzung aus dem Tschechischen. <http://www.kdu.cz/default.asp?page=2> vom 16.03.2004.

²⁶⁰ Frič, P.: Nonprofit-Organisationen und Beeinflussung der öffentlichen Politik. (Gespräche über den Nonprofit-Sektor II). Prag. 2000, S.73.

²⁶¹ Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus finden in geheimer Abstimmung nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts statt. Die Wahlen zum Senat werden ebenfalls in geheimer Abstimmung auf Grundlage des Mehrheitsprinzips durchgeführt.

Vgl. Artikel 18, Abs.1 und 2 der tschechischen Verfassung.

Die Politik der Regierung seit 1989 gegenüber zivilgesellschaftlichen Institutionen (vgl. Kap. VI/1.4.) wurde sehr unterschiedlich wahrgenommen. Keine der Regierungen vermochte es, „die notwendigen Instrumente für eine selektive Politik gegenüber Nonprofit-Organisationen“²⁶² zu schaffen. Unabhängig von der politischen Ausrichtung der Regierung herrschten im Betrachtungszeitraum zentralistische Mechanismen vor. Zwar haben sich unter der sozialdemokratischen Regierung die Zuschüsse an die nichtstaatlichen Nonprofit-Organisationen erhöht (vgl. nachstehende Tabelle), doch die Einführung dezentraler Strukturen mit der Gebietsreform²⁶³ führte nur scheinbar zur Differenzierung der staatlichen Politik gegenüber den einzelnen zivilgesellschaftlichen Bereichen. Auf die Vision einer Zivilgesellschaft in Konkurrenz oder auf Augenhöhe zu den politischen Parteien reagieren alle Parteien durchweg ablehnend, einige sogar feindlich.²⁶⁴

Zur Illustration kann die Tatsache dienen, dass die öffentlichen Haushalte der Gebiete zwar ab 2004 in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der EU eine wichtige Rolle bei der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten spielen sollen, bei einer verspäteten Abstimmung der Gebiete (kraje) mit der bislang zuständigen Prager Regierung über die Auszahlung der Gelder allerdings die Gefahr des finanziellen Ruins vieler Organisationen droht, deren Finanzplanung ohnehin den Zeithorizont eines Jahres nicht übersteigt.²⁶⁵

²⁶² Übersetzung aus dem Tschechischen: Frič, P.: Nonprofit-Organisationen und Beeinflussung der öffentlichen Politik. (Gespräche über den Nonprofit-Sektor II). Prag. 2000, S.25.

²⁶³ Bis zum Jahr 2000 existierte in der CR neben der zentralen staatlichen administrativen Ebene die Kreisebene mit 76 Kreisen und Statutarstädten. Mit der Einführung einer Verwaltungsebene zwischen diesen beiden Polen – den Gebieten (kraje) – wurde das langjährige Tauziehen um eine mit einer administrativen Neugliederung verbundenen Dezentralisierung staatlicher Verantwortung beendet. Die territorial bestehenden Kreise wurden in 14 Gebieten zusammengefasst. Die Gebietskörperschaften nehmen – im Unterschied zu den Stadt- und Gemeindeämtern – ausschließlich staatliche Aufgaben wahr.

Die ČR gliedert sich in: Zlínský kraj, Moravskoslezský kraj (Ostravský), Olomoucký kraj, Jihomoravský kraj (Brněnský), Kraj Vysočina (Jihlavský), Pardubický kraj, Královéhradecký kraj, Liberecký kraj, Ústecký kraj, Karlovarský kraj, Plzeňský kraj, Jihočeský kraj (Budějovický), Středočeský kraj und Praha.

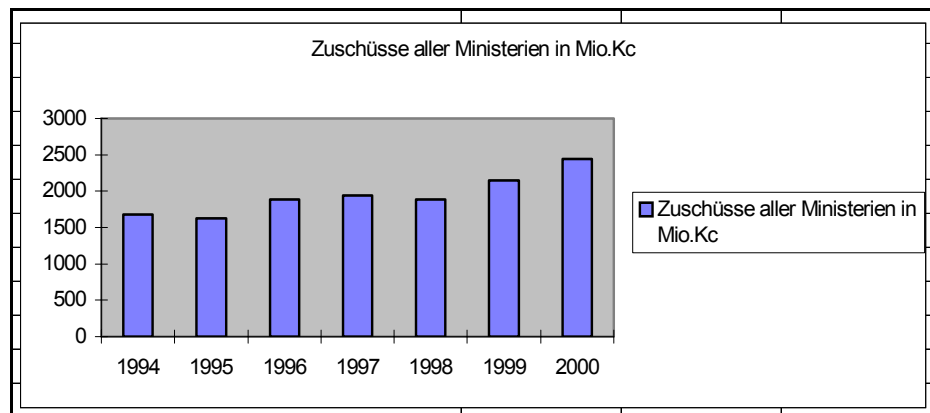
Vgl.: <http://www.kraje.cz>

²⁶⁴ Křen, J.: Die Tradition der tschechischen Demokratie. In: Hildermeier, M., Kocka, J., Conrad, Ch. (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt. 2000, S.200.

²⁶⁵ Frištěnská, H.: Die Gebiete können das Regierungs-Know-how nutzen. In: Grantis. Monatszeitschrift für den Nonprofit-Sektor. Prag. 11/2002, S.7.

Tabelle 7: Zuschüsse an nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen

aus dem Staatshaushalt 1994-1999
Gesamtverteilung über die Ministerien



Quelle: Entwurf des staatlichen Jahresabschlusses für 1996. Abgeordnetenversammlung des Parlaments 1997. und Finanzierungsübersicht von Bürgervereinigungen, kirchlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Gesellschaften sowie Stiftungen und Stiftungsfonds aus dem Staatshaushalt der ČR. Regierungsrat für Nonprofit-Organisationen 1999. In: Frič, P.: Nonprofit-Organisationen und Beeinflussung der öffentlichen Politik, S. 24.

Auch werden sich die Ministerien Finanzmittel zur Finanzierung einzelner Pilotprojekte vorbehalten und die Entscheidung über Projekte mit landesweiter Bedeutung weiterhin in der Hand der Zentralverwaltung lassen.

Darüber hinaus existieren nichtadäquate Regelungen zur staatlichen finanziellen Unterstützung der nichtstaatlichen NPOs im Vergleich zu den Budget- und Beitragsorganisationen²⁶⁶. Der Staat präferiert weiterhin diese nach 1989 modifizierten staatlichen Serviceorganisationen.

„Über Beitragsorganisationen entwickelt sich keine Bürgerbeteiligung. Die Beitragsorganisationen sind durch Transformation aus den vor 1989 staatlichen Organisationen entstanden, ihre kommunistische Vergangenheit ist bis heute lebendig. Sie können daher nicht die Bürger organisieren. Sie machen nur das, wofür sie von staatlichen Organen oder der Selbstverwaltung eingerichtet wurden.“²⁶⁷

Öffentliche Gelder werden den nichtstaatlichen NPOs – unabhängig von der Projektdauer – nur in Jahresintervallen bewilligt. Die Existenz- und Planungssicherheit dieser Nonprofit-Organisationen ist damit angesichts ihres relativ hohen Anteils staatlicher Transfers im Finanzierungsportfolio²⁶⁸ im Vergleich zu den staatlich initiierten Institutionen beschränkt.

²⁶⁶ zu Budget- und Beitragsorganisationen vgl. Kap. III/3.3.

²⁶⁷ Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview (schriftlich) mit Dr. Hana Frištenská am 07.01.2003.

²⁶⁸ Im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern betragen die staatlichen Zuschüsse an NPOs nach Erhebungen des JHCSP in 1995 in Tschechien 39%, in Ungarn 27% und in der Slowakei 22%. Vgl.: Frič, P.: Nonprofit-Organisationen und Beeinflussung der öffentlichen Politik. (Gespräche über den Nonprofit-Sektor II). Prag, 2000, S.23.

2.2. Internes Spannungsfeld zivilgesellschaftlicher Institutionen

Das Verhältnis zwischen den zivilgesellschaftlichen Institutionen in Tschechien ist nach FRIČ²⁶⁹ nicht nur durch Konkurrenz in bezug auf die Interessenvertretung gekennzeichnet, sondern auch durch Konkurrenz hinsichtlich der Finanzquellen sowie der Stellung und des Einflusses der Institutionen innerhalb der Zivilgesellschaft. Hieraus entstehen Konflikte, die die Authentizität der Institutionen angreifen und ihre Reputation bei den Bürgern beschädigen.

Charakteristisch für die ČR ist, dass diese Rivalität am sichtbarsten zwischen „alten“ und „neuen“ Nonprofit-Organisationen zutage tritt - mit der in der Arbeit vorgenommenen Definition: Zwischen „Organisationen, die dem Nonprofit-Sektor zurechenbar sind, in der totalitären Zeit verstaatlicht wurden oder im totalitären System entstanden und unter den Bedingungen gesellschaftlicher Transformation ihren Platz in der Zivilgesellschaft neu definieren und Organisationen, die nach 1989 neu entstanden und Ausdruck zivilgesellschaftlicher Ordnung sind. Von Interessenkonflikten betroffen sind insbesondere die Bereiche des Nonprofit-Sektors, in denen diese Organisationen parallel existieren. In die gesellschaftliche Diskussion sind beispielsweise Interessenkonflikte zwischen der neu entstandenen Assoziation der Vertreter der Behindertenorganisationen (Sbor zástupců organizací zdravotně postižených) und den Nachfolgeorganisationen des ehemaligen Verbandes der Invaliden (Svaz invalidů), zwischen dem alten Tschechischen Verband der Naturschützer (Český svaz ochránců přírody) und neuen Naturschutzorganisationen oder dem alten Frauenbund (Svaz žen) und neuen Frauenorganisationen getreten. Die neu entstandenen Organisationen bezichtigen die alten des Protektionismus bei der Erschließung finanzieller Mittel vom Staat und der Unterhaltung paternalistischer Beziehungen. Dies führt zu einer moralischen Abwertung der Organisationen, die nach Auffassung der neuen Organisationen die grundlegenden Prinzipien zivilen gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht achten und damit den Nonprofit-Sektor kompromittieren.

Die Einordnung der „alten“ NPOs in die Typologie des Nonprofit-Sektors hat bei vielen Vertretern der „neuen“ NPOs Widerstände hervorgerufen. In ihrem Verständnis existieren die „alten“ NPOs, denen häufig Verstrickungen mit dem früheren kommunistischen Regime nachzuweisen sind, nicht. Die bestehende Situation lässt sich als „Stiller Krieg“²⁷⁰ um Finanzquellen und Einfluss im Nonprofit-Sektor charakterisieren.

²⁶⁹ Frič, P.: Nonprofit-Organisationen und Beeinflussung der öffentlichen Politik. (Gespräche über den Nonprofit-Sektor II). Prag. 2000, S.25.

²⁷⁰ Übersetzung aus dem Tschechischen. Frič, P.: Die Strategie der Entwicklung des Nonprofit-Sektors. Prag. 2000, S.38.

FRIČ vertritt die Auffassung, dass sich die alten NPOs eher konservativ verhalten: Sie bemühen sich, ihre günstige Ausgangsposition beim Zugang zu staatlichen Finanzierungsquellen beizubehalten und gleichzeitig die Möglichkeiten der neuen NPOs zu beschränken. Sie äußern sich nicht öffentlich zum Verhältnis der Beziehungen zu den „neuen“ NPOs und sind auch nicht bestrebt, mit ihrem Agieren den Nonprofit-Sektor in der Öffentlichkeit zu vertreten. Sie konzentrieren sich auf Lobbying in der staatlichen Verwaltung, der Regierung und im Parlament. Ihre neue kollektive Identität beruht auf traditionellen sozialistischen Werten – sie beziehen sich nicht auf Vorstellungen der modernen Zivilgesellschaft als stabilisierendes Element der Demokratie. Die neuen NPOs hingegen bemühen sich um Reformen in der Verteilung der staatlichen Zuschüsse. Die vermeintlich zum Ziel führende Gründung von Dachstrukturen wie den Rates für Nonprofit-Organisationen (RANO – Rada neziskových organizací)²⁷¹, über den die Interessen der „neuen“ Nonprofit-Organisationen in der Politik durchgesetzt werden sollten, schlug ins Leere.

Diese apodiktische Beschreibung zieht die rechtlich-organisationelle Ursache dieses Verhaltens nicht ins Kalkül: Dies „alten NPOs“ – mehrheitlich Beitragsorganisationen – sind per Gründungsurkunde auf konkrete Haupt- und Nebentätigkeiten festgelegt, können nicht schnell und dynamisch auf aktuelle Änderungen des Umfeldes reagieren. Zudem besitzen sie kein Eigentum – sie verwalten das Eigentum der Selbstverwaltungseinheiten – ein rechtliches Konstrukt, was sich auf Motivation, Handlungsfähigkeit und auch auf das Selbstvertrauen auswirkt. Diese Auffassung wird durch ŠTOGR bestätigt:

„Sie (die Beitragsorganisationen, Anm.d.V.) sind nichtstaatlich, eben nach der Gesetzesnovelle des vergangenen Jahres. Ich muss sagen, dass man sie wiederum auch nicht für Organisationen mit eigener Dynamik halten kann. Die Verbindung zur Selbstverwaltung ist folgende: Die Selbstverwaltungen haben sich daran gewöhnt, dass diese Organisationen nur „zur Hälfte“ eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen. Formal treten diese Organisationen bei Rechtsgeschäften im eigenen Namen auf, aber andererseits gehört das Eigentum der Organisation dem Gründer, d.h. ein Grundattribut der Selbständigkeit fehlt. Das wirkt auf das Selbstbewusstsein. Die Leiter sind direkt abhängig von den Selbstverwaltungen ... Daher sehe ich eine Riesenlücke zwischen den nichtstaatlichen NPOs und den Beitragsorganisationen.“²⁷²

Darüber hinaus ist eine Tendenz der mangelnden Kommunikation zwischen den NPOs, insbesondere den „alten“ und „neuen“ auszumachen. Sie ist begründet durch das beidseitige Bestreben, Informationen zurückzuhalten und sich nicht in neue Koalitionen zu begeben. Diese Tendenz ist besonders ausgeprägt im Bereich Kultur und Kunst, zieht sich aber in

²⁷¹ Der RANO wurde 1998 auf der Gesamtstaatlichen Konferenz der Nonprofit-Organisationen mit der Intention gegründet, Servicefunktionen, insbesondere Rechtsberatung, für die Organisationen zu übernehmen. Von vielen NPOs wird eine zentrale Institution allerdings abgelehnt.

²⁷² Übersetzung aus dem Tschechischen: Interview mit Josef ŠtoGR am 01.12.2002 in Prag.

abgeschwächter Form durch den ganzen tschechischen Nonprofit-Sektor. Ca. 6% aller NPOs haben kein Interesse am Informationsaustausch.²⁷³

FRIČ nennt die Beziehung zwischen „alten“ und „neuen“ NPOs „Rivalität am falschen Ort“²⁷⁴ – Es geht jedoch nicht um eine Rivalität am falschen Ort. Die Konkurrenz zwischen „alten“ und „neuen“ NPOs ist vielmehr Ausdruck eines nicht abgeschlossenen Demokratisierungsprozesses mit in zwei Parametern offenem Ausgang:

- Das Soziale Kapital ist nicht abschließend konstituiert:

PUTNAM greift mit seinen Überlegungen zum „Sozialen Kapital“ die demokratiefördernde Wirkung des Assoziationswesens im Sinne des de Tocquevillschen Ansatzes auf und stellt eine Verbindung zwischen Input- und Output, zwischen dem Behaviorismus der Akteure und dem policy-Ergebnis her.²⁷⁵ Weiterführend argumentiert Putnam, dass mit steigender Zahl der Mitglieder in Vereinigungen ein zunehmendes Maß der Partizipation der Menschen am gesellschaftlichen Leben, ein tieferes Vertrauen gegenüber der Regierung und somit eine zunehmende Demokratisierung der Gesellschaft einhergeht. Dies ist jedoch mit Blick auf die sozialistische Ära der osteuropäischen Transformationsgesellschaften, in denen eine Quasi-Zwangsmitgliedschaft in vielen gesellschaftlichen Vereinigungen herrschte, in Zweifel zu ziehen und gibt eine Erklärung für die Trägheit und Reserviertheit vieler Menschen hinsichtlich der sich neu eröffnenden Partizipationsmöglichkeiten. Darüber hinaus fehlte es zu Beginn der 90iger Jahre an Managementkompetenzen für Nonprofit-Organisationen. Diese wuchsen - nicht zuletzt dank ausländischer Hilfe²⁷⁶ – in den Folgejahren stetig. Eine handlungsfähige Dachstruktur, so FRIČ²⁷⁷, fehlte allerdings noch Ende der 90er Jahre. Zu diesem Zeitpunkt existierte weder professionelles Lobbying noch eine einheitliche Strategie für Gespräche mit der Regierung und der staatlichen Verwaltung. Befürchtungen der „Oligarchisierung“ waren sowohl auf regionaler Ebene, aber auch auf lokaler Ebene

²⁷³ Frič, P.: Aktivitäten und Bedürfnisse der Nonprofit-Organisationen. Prag.1998, S.49.

²⁷⁴ Frič, P.: Die Strategie der Entwicklung des Nonprofit-Sektors. Prag. 2000, S.37.

²⁷⁵ Putnam, R.D.: Making Democracy Work, Princeton. 1993.

²⁷⁶ Beispielhaft seien hier die Bemühungen im Rahmen des PHARE-Programms der EU, der John Hopkins University, der Foundation for Civil Society und des Rockefeller Brother Fund genannt, die Ende 1993 das Informationszentrum für Stiftungen und andere Nonprofit-Organisationen in Prag (Informační centrum nadací a jiných neziskových organizací –ICN) etabliert haben. Bis heute leistet das ICN umfassende Beratungs- und Informationsdienste zu legislativen, wirtschaftlichen Aspekten des Nonprofit-Sektors sowie zum Management in NPOs. Darüber hinaus werden über die aus Phare-Mitteln finanzierte Monatszeitschrift „Grantis“ vorwiegend durch Fachleute aus dem Nonprofit-Bereich NPO-relevante Themen kommuniziert.

²⁷⁷ Frič, P.: Die Strategie der Entwicklung des Nonprofit-Sektors. Prag. 2000, S.39.

Auf regionaler Ebene wurde „OKAMR“ - die „Fachkonferenz für Aktivitäten auf örtlicher, regionaler und kommunaler Ebene“ (Oborová konference aktivit místních, regionálních a komunitních) gegründet. Die Gründung erfolgte in Reaktion der Zentren für Kommunale Arbeit auf die indifferente Haltung der Verwaltungen gegenüber den Nonprofit-Organisationen bei der Vorbereitung der Konzeptionen für die künftige Nutzung der EU-Strukturfonds. Vgl. Frič, P.: Nonprofit-Organisationen und Beeinflussung der öffentlichen Politik. (Gespräche über den Nonprofit-Sektor II). Prag. 2000, S.90.

auszumachen – einhergehend mit fehlender Interessenaggregation und – artikulation gegenüber zentralstaatlichen Verwaltungsorganen. Der NPS lief Gefahr, Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten auf gesellschaftliche Entscheidungen zu verlieren. Das Interesse der Bürger, ihr „soziales Kapital“ über Nonprofit-Organisationen der Gesellschaft bereit zu stellen, schwand.

Die Bürger „...sind schwer belastet vom Etatismus. Sie erwarten ziemlich viel vom Staat. Aber das ist eine Tradition, die nicht nur mit der kommunistischen Ära zusammenhängt, sondern mit der Staatsbildung zu Anfang des letzten Jahrhunderts. Diese Erwartungen – und ich denke dabei auch an Westeuropa – gelangen in Widerspruch zu dem, was der Staat zu leisten vermag. Vor diesem Hintergrund muss man diese Erwartungen der Bürger sehen – an staatliche wie auch die nichtstaatliche Institutionen, die für den Bürger das „die da oben“ („oni nahore“) repräsentieren.“²⁷⁸

- Der monetäre Kapitalfluss ist nicht abschließend geregelt:

Die öffentliche Finanzierung des Nonprofit-Sektors in Tschechien ist bislang zentralistisch geprägt. Nur ein Sechstel der staatlichen Finanzmittel fließt über regionale und lokale Organe in den Nonprofit-Sektor, der überwiegende Teil wird über die in Prag sitzenden zentralen Organe administriert.²⁷⁹ Dadurch werden regionale und lokale Nonprofit-Organisationen nachteilig behandelt. Sie haben keine oder nur wenig Lobby-Möglichkeiten in Prag. Das Verharren im zentralen System der öffentlichen Finanzierung von Nonprofit-Organisationen in den 90-iger Jahren in der Tschechischen Republik untermauert in einer Reihe von Fällen den Protektionismus-Verdacht, z.B. bei der Bereitschaft des Staates, hohe finanzielle Forderungen von Organisationen zu akzeptieren, die früher im Rahmen der Nationalen Front staatliche Privilegien genossen haben.²⁸⁰

Ein weiteres Problem stellt die Abhängigkeit von ausländischen Finanzquellen dar. Dies tangiert allerdings primär Tätigkeitsbereiche wie z.B. Menschenrechte, Kultur, Kunst und Umwelt. Hier sind auch prozentual die meisten NPOs zu finden, deren Gesamtbudget zu über einem Viertel von ausländischen Quellen²⁸¹ gespeist wird. Ein plötzlicher Wegfall dieser Gelder könnte zu einer ernsthaften Existenzgefährdung vieler NPOs führen. Darüber hinaus

²⁷⁸ Interview mit Josef Štogr am 01.12.2002 in Prag.

²⁷⁹ Vgl. Goulli, R.: Regierungspolitik der Finanzierung: Der Fluss öffentlicher Mittel in Organisationen des Nonprofit-Sektors. In: Fric, P.: Die Strategie der Entwicklung des Nonprofit-Sektors. Prag. 2000, S.21.

²⁸⁰ Vgl. Šilhánová u.a.: Nonprofit-Organisationen im Bereich Soziales, Gesundheit, Menschen- und Minderheitenrechte in der ČR. NROS, Prag. 1995, S.34.

²⁸¹ Frič, P.: Die Strategie der Entwicklung des Nonprofit-Sektors. Prag. 2000, S.25.

ist die strukturelle Förderung zivilgesellschaftlichen Lebens fast ausschließlich an ausländisches Kapital geknüpft.²⁸²

²⁸² Vgl. auch Freise, M.: Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Münster. 2004, 143-145.
Zur strukturellen Förderung im Anhang E die Stiftungen Open Society Fund Praha, NROS, VIA, Olga-Havlová-Stiftung und Jan-Hus-Stiftung.